

Änderungsantrag

nach dem Sozialgesetzbuch – Neuntes Buch (SGB IX) zur Durchführung des Feststellungsverfahrens und auf Ausstellung eines Schwerbehindertenausweises

	Eingangsstempel
	Geschäftszeichen

Änderungsantrag nach dem Schwerbehindertenrecht	
<input type="checkbox"/>	auf Feststellung eines höheren Grades der Behinderung (GdB)
<input type="checkbox"/>	auf Feststellung - weiterer - eines weiteren Merkzeichen(s) entsprechend den Angaben unter Ziffer 2.4

Hinweise:
 Die nachstehend erbetenen personenbezogenen Daten werden benötigt, um über Ihren Änderungsantrag nach dem SGB IX entscheiden zu können. Ihre Mithilfe, die in § 21 Abs. 2 SGB X vorgesehen ist, erleichtert eine rasche Entscheidung über Ihren Antrag. Eine Verweigerung der erbetenen Auskünfte kann zur Folge haben, dass der Sachverhalt nicht aufgeklärt und über Ihren Antrag nur nach Lage des Akteninhalts entschieden werden kann. Der Datenschutz ist gewährleistet.
Bitte vergessen Sie nicht sowohl den Antrag als auch die Einverständniserklärung zu unterschreiben

1. Angaben zur Person

Nachname			Titel (z.B. „Dr.“)				Geburtsname		
Vorname			Zusatz (z.B. „von“)				Geburtsnamenszus.		
Adresse (Wohnsitz oder gewöhnlicher Aufenthalt)	PLZ		Ort				Zusatzangabe (z.B. „Pflegeheim“)		
	Straße				Hausnr.				
Geburtsdatum			Geschlecht	<input type="checkbox"/> weiblich	<input type="checkbox"/> männlich	Staatsangehörigkeit		Telefon (tagsüber)	

Sind Sie erwerbstätig? ja nein

Gesetzlicher Vertreter Betreuer Bevollmächtigter (Bitte Bestallungsurkunde bzw. Vollmacht beifügen!)

Nachname			Titel (z.B. „Dr.“)				Anrede	<input type="checkbox"/> Frau <input type="checkbox"/> Herr
Vorname			Zusatz (z.B. „von“)				Telefon (tagsüber)	
Adresse (Wohnsitz oder gewöhnlicher Aufenthalt)	PLZ		Ort				Zusatzangabe	
	Straße				Hausnr.			

Hinweise für:

Grenzarbeitnehmer: Bitte fügen Sie die Arbeitsbescheinigung Ihres jetzigen Arbeitgebers und ggf. die Arbeitserlaubnis bei.

Ausländer: Bitte kreuzen Sie nachfolgend an, welche Berechtigung zum Aufenthalt in Deutschland bei Ihnen vorliegt. Fügen Sie den entsprechenden Nachweis bei.

- | | |
|--|--|
| <input type="checkbox"/> Niederlassungserlaubnis | <input type="checkbox"/> Aufenthaltsgestattung |
| <input type="checkbox"/> Aufenthaltserlaubnis | <input type="checkbox"/> Duldung |
| <input type="checkbox"/> Visum | <input type="checkbox"/> |

Ich habe bereits einen Antrag nach dem Schwerbehindertenrecht gestellt: ja nein

Wenn ja, bei welchem Versorgungsamt:		GZ	
--------------------------------------	--	----	--

2. Angaben zu Beeinträchtigungen

2.1	Die nachfolgenden Beeinträchtigungen haben sich verschlimmert:	
Lfd. Nr.	Art der Beeinträchtigung	
1.		
2.		

2.2	Die nachfolgenden Beeinträchtigungen sind neu hinzugetreten:		
Lfd. Nr.	Art der Beeinträchtigung	Ursachenschlüssel	Bitte zu jeder Beeinträchtigung die jeweils zutreffende Ursachenschlüsselzahl eintragen
1.			01 angeborene Behinderung
2.			02 Arbeitsunfall
3.			04 Verkehrsunfall
4.			05 häuslicher Unfall
5.			06 sonstiger Unfall
6.			07 Kriegs-, Wehrdienst- od. Zivildienstbeschädigung
			09 Allg. Krankheit
			10 sonstige od. mehrere Ursachen

2.3	Nicht zu berücksichtigende Beeinträchtigungen:
------------	--

2.4	Infolge meiner geltend gemachten Beeinträchtigungen begehre ich den/die Nachteilsausgleich/e mit den entsprechenden Merkzeichen im Schwerbehindertenausweis: (Siehe hierzu Erläuterungen auf der letzten Seite des Antragsformulars)	
	Merkzeichen B <input type="checkbox"/> Merkzeichen G <input type="checkbox"/> Merkzeichen aG <input type="checkbox"/> Merkzeichen Bl <input type="checkbox"/> Merkzeichen H <input type="checkbox"/>	Merkzeichen RF <input type="checkbox"/> wesentlich sehbehindert <input type="checkbox"/> gehindert, mich trotz Hörhilfe ausreichend zu verständigen <input type="checkbox"/> ständig gehindert, an öffentl. Veranstaltungen jeder Art teilzunehmen Merkzeichen 1. Kl. <input type="checkbox"/> Merkzeichen Gl <input type="checkbox"/>

2.5	Hat ein Versorgungsamt, Landesamt, Wehrbereichsgebührensamt oder eine andere Verwaltungsbehörde, ein Sozialversicherungsträger oder ein Gericht bereits einmal eine Feststellung über das Vorliegen einer Behinderung und den Grad einer auf ihr beruhenden Erwerbsminderung (GdB/MdE) getroffen oder besitzen Sie eine vorläufige Bescheinigung von einer dieser Stellen oder läuft ein entsprechendes Verfahren? (ggf. Kopie des aktuellen Bescheides beifügen) <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein			
	falls ja, für folgende Beeinträchtigungen (lfd. Nr.)	Höhe des/ der festgestellten GdB / MdE	Name und Anschrift der Verwaltungsbehörde, des Sozialversicherungsträgers oder des Gerichts	Geschäftszeichen und Datum des Vorgangs oder der Entscheidung ggf. Tag des Unfalls

3. Angaben zu ärztlichen Behandlungen von Beeinträchtigungen nach Ziffer 2.1 usw. (in den letzten 5 Jahren)

3.1	Hausarzt	
	Name	
	Anschrift	

3.2 Ärztliche Behandlungen insbesondere der letzten 5 Jahre				
von - bis	Name und Anschrift des behandelnden Arztes	Fachgebiet	Wegen d. Beeinträchtigung (Ifd. Nr.)	Hat Ihr Hausarzt dazu Unterlagen
				<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein
				<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein
				<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein
				<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein
				<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein

3.3 Krankenhausbehandlungen insbesondere der letzten 5 Jahre				
von - bis	Name und Anschrift des Krankenhauses	Ableitung / Station	Wegen d. Beeinträchtigung (Ifd. Nr.)	Hat Ihr Hausarzt dazu Unterlagen
				<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein
				<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein
				<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein

3.4 Kuren / Rehabilitationsmaßnahmen insbesondere der letzten 5 Jahre				
von - bis	Name und Anschrift		Wegen d. Beeinträchtigung (Ifd. Nr.)	Hat Ihr Hausarzt dazu Unterlagen
	der Kur-einrichtung			<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein
	des Kosten-trägers			
	der Kur-einrichtung			<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein
	des Kosten-trägers			

3.5 Krankenkasse	
Name	
Anschrift	

3.6 Erhalten Sie eine Erwerbsminderungsrente aus der gesetzlichen Rentenversicherung oder haben Sie dort einen Antrag gestellt? Laufen Untersuchungen beim Rentenversicherungsträger oder sind Klagen beim Sozialgericht anhängig? (ggf. Bescheid in Kopie beifügen)	
<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein	
Name und Anschrift des Versicherungsträgers	Aktenzeichen

3.7 Erhalten Sie Leistungen wegen Pflegebedürftigkeit (z. B. Pflegegeld) oder haben Sie bei der Pflegekasse einen entsprechenden Antrag gestellt? (ggf. Bescheid in Kopie beifügen)	
<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein	
Name und Anschrift der Pflegekasse / -versicherung	Aktenzeichen

Ich versichere, vorstehende Angaben nach bestem Wissen und Gewissen gemacht zu haben.

Datum:

Unterschrift:

4. Erklärung und Information zum Antrag auf Feststellung der Eigenschaft als schwerbehinderter Mensch und auf Ausstellung eines Schwerbehindertenausweises

1. Einwilligungs- und Schweigepflichtentbindungserklärung der Antragstellerin/des Antragstellers

Ich bin darüber unterrichtet, dass die Prüfung des Landesamtes für Soziales und Versorgung darauf ausgerichtet ist, zu meinen Gunsten alle in Betracht kommenden Gesundheitsstörungen und Funktionsbeeinträchtigungen sowie weiteren gesundheitlichen Merkmale festzustellen. Zu diesem Zweck holt es alle notwendigen medizinischen und sonstigen Unterlagen sowie Auskünfte bei Ärzten und anderen Stellen ein, die ich im Antrag angegeben habe. Das schließt die Unterlagen und Auskünfte ein, die diese Ärzte und Einrichtungen von anderen Ärzten und Einrichtungen erhalten haben.

In Kenntnis dessen **willige ich ein**, dass das Landesamt für Soziales und Versorgung von den von mir im Antrag bzw. im weiteren Verfahren angegebenen oder aus den überlassenden Unterlagen ersichtlichen **Ärzten, Psychologen, Krankenhäusern, Rehabilitationseinrichtungen, Behörden, Sozialleistungsträgern und gleichgestellten Stellen alle medizinischen Unterlagen und Auskünfte in dem Umfang anfordert**, wie diese Aufschluss über die bei mir vorliegenden Gesundheitsstörungen geben können.

Ich stimme der Verwertung der Unterlagen und Auskünfte zu und entbinde die beteiligten Ärzte und sonstigen beteiligten Personen insoweit von ihrer Schweigepflicht.

Mir ist bekannt, dass die Einwilligungs- und Schweigepflichtentbindungserklärung freiwillig ist und jederzeit und ohne Angabe von Gründen widerrufen werden kann. Sie gilt für das mit diesem Antrag eingeleitete Verwaltungsverfahren und für ein eventuell anschließendes Widerspruchsverfahren. Sie erstreckt sich auch auf psychische, psychoanalytische und psychotherapeutische Unterlagen und Behandlungen. Soweit ich damit nicht einverstanden bin, habe ich die Beschränkungen dieser Einwilligung unten vermerkt.

Ärztliche Untersuchungen, die während dieses Verwaltungsverfahrens stattgefunden haben, werde ich dem Landesamt für Soziales und Versorgung **umgehend mitteilen**. Sofern ich mit der Verwertung der Unterlagen und Auskünfte über diese ärztlichen Untersuchungen einverstanden bin, werde ich dies bei der Mitteilung erklären und insoweit auch die beteiligten Ärzte von ihrer Schweigepflicht entbinden.

Raum für eine etwaige Einschränkung des Einverständnisses:

2. Information der Antragstellerin/des Antragstellers

Das Landesamt für Soziales und Versorgung möchte Sie darüber informieren, dass es **medizinische Daten**, die ihm bereits vorliegen oder die es gemäß Ziffer 1 mit Ihrer Einwilligung erhalten hat, an andere Sozialleistungsträger (z. B. Krankenkassen, Agenturen für Arbeit, Renten- und Unfallversicherungsträger) für deren gesetzliche Aufgabenerfüllung oder für die Erfüllung eigener gesetzlicher Aufgaben sowie an Gerichte der Sozialgerichtsbarkeit **weitergeben darf**. Zur eigenen Aufgabenerfüllung darf es diese medizinischen Daten auch an sonstige Dritte (z. B. zu beauftragende Gutachter) übermitteln, wenn und soweit dies erforderlich ist. Die gesetzliche Grundlage hierfür ist § 69 Abs. 1 Nr. 1 und 2 i. V. m. § 76 Abs. 2 Nr. 1 Zehntes Buch Sozialgesetzbuch (SGB X).

Sie können einer solchen Weitergabe jederzeit **ohne Angabe von Gründen widersprechen**. Das kann allerdings dazu führen, dass Ihnen die beantragte Leistung ganz oder teilweise versagt wird, wenn Sie zuvor schriftlich auf diese Möglichkeit hingewiesen worden sind.

Hinweis: Wegen der Entbindung von der ärztlichen Schweigepflicht (Ziffer 1) ist die Unterschrift der Antragstellerin/des Antragstellers – nicht die des ggf. Bevollmächtigten – erforderlich.

Name, Vorname

Datum, Unterschrift der Antragstellerin/des Antragstellers

Anlagen:

Wortlaut der Gesetzestexte

§ 69 SGB X (Auszug) – Übermittlung für die Erfüllung sozialer Aufgaben

- (1) Eine Übermittlung von Sozialdaten ist zulässig, soweit sie erforderlich ist
1. für die Erfüllung der Zwecke, für die sie erhoben worden sind oder für die Erfüllung einer gesetzlichen Aufgabe der übermittelnden Stelle nach diesem Gesetzbuch oder einer solchen Aufgabe des Dritten, an die die Daten übermittelt werden, wenn er eine in [§ 35 des Ersten Buches](#) genannte Stelle ist,
 2. für die Durchführung eines mit der Erfüllung einer Aufgabe nach Nummer 1 zusammenhängenden gerichtlichen Verfahrens einschließlich eines Strafverfahrens ...

§ 76 SGB X (Auszug) – Einschränkung der Übermittlungsbefugnis bei besonders schutzwürdigen Sozialdaten

- (1) Die Übermittlung von Sozialdaten, die einer in [§ 35 des Ersten Buches](#) genannten Stelle von einem Arzt oder einer anderen in § 203 Abs. 1 und 3 des Strafgesetzbuches genannten Person zugänglich gemacht worden sind, ist nur unter den Voraussetzungen zulässig, unter denen diese Person selbst übermittlungsbefugt wäre.
- (2) Absatz 1 gilt nicht
1. im Rahmen des [§ 69 Abs. 1 Nr. 1 und 2](#) für Sozialdaten, die im Zusammenhang mit einer Begutachtung wegen der Erbringung von Sozialleistungen oder wegen der Ausstellung einer Bescheinigung übermittelt worden sind, es sei denn, dass der Betroffene der Übermittlung widerspricht; der Betroffene ist von der verantwortlichen Stelle zu Beginn des Verfahrens in allgemeiner Form schriftlich auf das Widerspruchsrecht hinzuweisen,
 2. im Rahmen des [§ 69 Abs. 4 und 5](#) und des [§ 71 Abs. 1 Satz 3](#), ...

Erläuterungen zum Ausfüllen des Antrages

4.1 Das Landesamt für Soziales und Versorgung entscheidet auch darüber, inwieweit Voraussetzungen vorliegen, die zur Inanspruchnahme von Nachteilsausgleichen (Sonderrechten) berechtigen.

In Betracht kommen folgende Nachteilsausgleiche:

	Nachteilsausgleiche	können geltend gemacht werden, wenn	entsprechendes Merkzeichen im Ausweis
1.	Freifahrt für eine Begleitperson im öffentlichen Nah- und Fernverkehr	die Berechtigung zur Mitnahme einer Begleitperson nachgewiesen wird	B
2.	Kfz-Steuerermäßigung (50 %) * oder Vergünstigungen im öffentlichen Personennahverkehr	eine erhebliche Beeinträchtigung in der Bewegungsfähigkeit im Straßenverkehr festgestellt wird	G
3.	Parkerleichterungen und Kfz-Steuerbefreiung * und Vergünstigungen im öffentlichen Personennahverkehr	eine außergewöhnliche Gehbehinderung festgestellt wird (z. B. Rollstuhlfahrer)	aG
4.	Parkerleichterung und Kfz-Steuerbefreiung * und Freifahrt im öffentlichen Personennahverkehr	Blindheit festgestellt wird	BI
5.	Kfz-Steuerbefreiung * und Freifahrt im öffentlichen Personennahverkehr	Hilflosigkeit festgestellt wird (z. B. wenn für die gewöhnlichen Verrichtungen im täglichen Leben in erheblichem Umfang dauernde Hilfe erforderlich ist)	H
6.	Rundfunkgebührenbefreiung	auf Grund der festgestellten Beeinträchtigung eine Teilnahme an öffentlichen Veranstaltungen ständig ausgeschlossen ist oder eine starke Sehbehinderung oder eine starke Hörbehinderung vorliegt	RF
7.	Benutzung der 1. Wagenklasse im Eisenbahnverkehr	eine Schwerkriegsbeschädigung mit einer MdE von wenigstens 70 v. H. festgestellt wurde	1. Kl.
8.	Kfz-Steuerermäßigung (50 %) * oder Vergünstigungen im öffentlichen Personennahverkehr	Gehörlosigkeit bzw. an Taubheit grenzende Schwerhörigkeit mit Sprachstörungen festgestellt wird	GI

* als Fahrzeughalter

Sollten Sie Fragen zum Antrag haben, wenden Sie sich bitte persönlich oder telefonisch an Ihr Landesamt für Soziales und Versorgung.

Sofern der im Antragsvordruck vorgesehene Raum nicht ausreicht, führen Sie bitte Ihre Angaben auf einem gesonderten Blatt fort.

Bitte vergessen Sie nicht den Antrag **und** die Einverständniserklärung zu unterschreiben, damit die notwendige Sachverhaltsaufklärung vom Landesamt für Soziales und Versorgung durchgeführt werden kann.

Der **Datenschutz ist gewährleistet.**